

Änderungsanträge an Entwurf Europawahlprogramm zum Bundesparteitag

Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 30. Januar - 02. Februar 2014

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, folgende Änderungsanträge zu unterstützen.
- Politische Botschaft:** DIE LINKE. Sachsen bringt sich in die Debatte um das Europawahlprogramm ein. Dabei spielen auch, jedoch nicht nur, die vom Landesverband beschlossenen Leitlinien zum Thema Europa eine Rolle.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** Versendung an Parteivorstand (nach Redigierung und ggf. Anpassung der Begründungen)
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:**
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

f.d.R.

Dresden, den 05. Februar 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Anträge an das Europawahlprogramm

Änderungsantrag zum Kulturabschnitt im Europawahlprogramm – Leitantrag für den Europa-Parteitag in Hamburg am 15. und 16. Februar 2014

Antragsteller/-innen: Martina Michels, Sigrid Hupach, BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz

Der im Antragsheft 1 auf S. 32-33, Zeilen 1093 – 1107 stehende Abschnitt „Kultur für alle“ soll durch nachfolgenden Text ersetzt werden:

Für kulturelle Vielfalt in Europa

„Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind von Nöten. Eine politische Kultur mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes freies friedliches Europa“.

Stefan Heym - Rede zur Eröffnung des Deutschen Bundestages am 10. November 1994

Europa versammelt einen großen Reichtum unterschiedlicher Kulturen und Erfahrungen, die allen zu Gute kommen sollen. Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können.

Ohne Kultur verliert Europa an Bedeutung! Die LINKE will eine demokratische, soziale und vielfältige Kulturpolitik auf europäischer Ebene mit einer starken Finanzierungsbasis. Im Sinne der UNESCO-Kulturdefinition verstehen wir Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und die über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst.

Wir wollen die kulturelle Dimension der europäischen Einigung durch einen intensiveren Austausch und gemeinsame kulturelle Projekte fördern. Der europäische und weltweite Austausch unter Einbeziehung der vielfältigen kulturellen und künstlerischen Ausdrucksformen und Traditionen soll Weltoffenheit und Toleranz befördern.

Insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist in der Europäischen Union ein Paradigmenwechsel in der europäischen Kulturpolitik wahrnehmbar. Im Vordergrund steht unter neoliberalen Einflüssen vor allem die wirtschaftliche Wettbewerbsförderung.

Wir lehnen die Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Doppelcharakter von Kulturgütern anzuerkennen, so wie er in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt festgeschrieben ist. Kultur ist mehr als eine Ware und kann nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet werden.

Dringend notwendig ist in der europäischen Förderpolitik die Anerkennung und Berücksichtigung der Unterschiede wie auch der Wechselwirkungen der drei Sektoren des Kulturbereichs: dem erwerbswirtschaftlichen, dem zivilgesellschaftlichen und dem frei-gemeinnützigen Bereich.

Wir wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Kulturschaffenden verbessern. In der schnell wachsenden Kultur- und Kreativwirtschaft befinden sich viele Kreative in einer prekären sozialen Situation. Deshalb engagieren wir uns für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung auch in diesem Bereich. Wir wollen die Einführung von Mindestlöhnen und Honoraruntergrenzen, ein Urheberrecht, das die Verhandlungsmacht der Kreativen gegenüber den Verwertern ihrer Leistungen stärkt und transparente, demokratische Strukturen in den Verwertungsgesellschaften. Eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird es sein, bessere Rahmenbedingungen für die Nutzung des Internets zu schaffen, die die Teilhabe aller an Information, Wissenschaft, Bildung und Kultur sichern und zugleich gewährleisten, dass Kreative von ihrer Arbeit leben können. Dazu braucht es auch neue Lizenz- und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding).

Der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kulturgüter ist eines der wesentlichen Instrumente indirekter Kulturförderung. Wir wollen den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% für alle Kulturgüter auf nationaler Ebene erhalten. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz auch auf E-Books, Hörbücher, E-Paper und andere elektronische Informationsmedien ausgedehnt wird. Die bildende Kunst sollte generell dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen. Das sollte künftig auch für den künstlerischen Siebdruck, die künstlerische Fotografie, die Videokunst und künstlerische Designleistungen gelten. Wir wollen die Buchpreisbindung erhalten und auf europäischer Ebene auch für die E-Books sichern.

Darüber hinaus braucht Europa eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur. Es bedarf unseres Erachtens einer differenzierten und offenen Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen europäischen Geschichte.

Begründung

Der im Leitantrag enthaltene Kulturabschnitt „Kultur für alle“ ist zu knapp und bringt unsere kulturpolitischen Forderungen nicht hinreichend zum Ausdruck. Deshalb soll er durch einen erweiterten und ergänzten Text mit konkreten Forderungen ersetzt werden.

Die Passage zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TIIP) im Leitantrag auf Seite 21, Zeilen 655 – 666 sollte wie folgt ergänzt werden

Nach dem Satz auf Zeile 663 „Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet.“ sollte eingefügt werden:

Der besondere Charakter von Gütern und Leistungen im Kulturbereich muss auch weiterhin bei internationalen Freihandels- und Investitionsabkommen berücksichtigt werden. Kultur darf nicht zur reinen Handelsware werden, die allein den Marktgesetzen unterliegt. Deshalb müssen die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien aus den Handelsabkommen ausgeschlossen bleiben.

Begründung

Der richtige Satz zur Gefährdung der vorhandenen Möglichkeiten zum Schutz und zur Förderung von Kultur bedarf der Ergänzung, worum es bei diesem und künftigen Handelsabkommen geht: Die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien müssen generell von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben. Kultur ist mehr als eine Ware.